

«FRIEDEN» ZWISCHEN ISRAEL UND PALÄSTINA

Die israelischen Wahlen endeten für die westlichen Beobachter mit einer Überraschung. Nicht ihr «Visionär», Ministerpräsident *Shimon Peres*, gewann, sondern der vermeintliche «Hardliner» vom konservativen Likud-Block, *Benjamin Netanyahu*; soweit das Stereotyp. Besorgt fragten sich die Kommentatoren, ob denn nun der Friedensprozess zu Ende sei. Hatten sie nicht zusammen mit *Bill Clinton* und *Yassir Arafat* auf Peres gesetzt? So reagierten sie alle etwas einsilbig und ergingen sich in hektischer Betriebsamkeit nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses; Arafat jedenfalls stand der Schock noch Tage danach ins Gesicht geschrieben. Er hätte doch wissen müssen, dass dies nicht nötig gewesen wäre, denn auch von Peres hätten die Palästinenser niemals ihren ersehnten Staat bekommen. Deshalb ist der Wahlsieg durch den Likud-Block auch so wichtig, weil jetzt die Weltöffentlichkeit erfährt, was die wirklichen Ziele der israelischen Regierung sind.

Netanyahus sogenannte vier «Nein» unterscheiden sich im Endergebnis in nichts von den Zielen der Arbeitspartei. So ist Netanyahu gegen einen Palästinenserstaat, Peres war es auch. Beide sind für Jerusalem als «ewige Hauptstadt» Israels. Netanyahu ist für die Schaffung neuer Siedlungen, Peres redete nicht darüber, sondern verdoppelte die Zahl der Siedler in den letzten vier Jahren. Netanyahu ist gegen den Rückzug vom Golan, Peres wollte die Frage durch ein Referendum entscheiden lassen. Unter seiner Regierung wurden Milliarden von Shekel dort investiert. Beide sind gegen ein Rückkehrrecht für die Palästinenser. Bei soviel Übereinstimmung besteht kein Grund zur Besorgnis über einen radikalen Wandel in der israelischen Politik. Völlig zu Recht schreibt *Tanja Reinhardt*, Professorin an der Universität von Tel Aviv, zum «Unterschied» zwischen Arbeitspartei und Likud-Block, dieser liege in der *«Ablösung eines politischen Kampfes zwischen zwei Ideologien durch eine imaginäre Schlacht zwischen zwei verschiedenen Methoden, die gleiche Ideologie durchzusetzen»*.

Die Wahlen haben auch gezeigt, dass die israelische Gesellschaft gespalten ist und einen Rechtsruck vollzogen hat. Insbesondere das religiös-nationalistische und religiös-fundamentalistische Lager haben erheblich Stimmen hinzu gewonnen; ebenso die antizionistischen Parteien. In den kommenden Jahren stellt sich für Israel die Frage, ob sich das Land weiterhin als säkulare westlich orientierte Gesellschaft oder aber als eine religiöse verstehen will. Sollte es darüber zu keiner Einigung kommen,

könnte dem Land ein «Kulturkampf» bevorstehen. Ob der Zionismus oder der nationale und religiöse Fundamentalismus diese Auseinandersetzung gewinnen wird, ist noch völlig offen. Nicht ohne Grund hatte Präsident *Ezer Weizman* eine Regierung der nationalen Einheit gefordert.

Die Zusammensetzung der Netanyahu-Regierung zeigt, dass die Extremisten das Sagen haben. Einen Tag nach der Wahl sagte *Ariel Sharon* im Fernsehsender CNN, dass Arafat ein «Terrorist» und «Kriegsverbrecher» sei, mit dem man nicht verhandeln dürfe, und Sharon leitet das für ihn neugeschaffene «Infrastrukturministerium» das sowohl für Israel als auch die besetzten Gebiete und teilweise für den Siedlungsbau zuständig ist. Den Bau zweier Hauptverkehrsadern, welche die autonom-besetzten Gebiete weiter zerstückeln werden, hat Sharon bereits angekündigt. Die Öffentlichkeit muss sich jedenfalls daran gewöhnen, dass nun die alten Mythen vom religiösen Anspruch auf Judäa und Samaria, wie die Nationalisten und Fundamentalisten die Westbank nennen, wieder zum Leben erweckt werden; auch die Rhetorik von einem «Gross-Israel» wird wieder öfter zu hören sein, als dem Westen lieb sein kann. Warum keine der westlichen Regierungen öffentlich erklärt hat, dass es keinen religiösen Anspruch auf Territorium mehr gibt, ist unverständlich.

*Der Friedensprozess ist am Ende,
weil er von Anfang an
kein Prozess zwischen Gleichen
gewesen ist.*

Der Westen und auch die Palästinenser sollten sich keinerlei Hoffnungen auf Fortschritte hingeben, solange sich Netanyahu mit Leuten wie *Zevulun Hammer*, *Ariel Sharon* und *Raphael Eitan* sowie militanten Siedlervertretern und extremistischen Rabbinern umgibt, die den Massenmörder *Baruch Goldstein* zu ihrem Idol erkoren haben. Der Friedensprozess ist am Ende, weil er von Anfang an kein Prozess zwischen Gleichen gewesen ist. Er konnte nur fortgesetzt werden, weil er auf der Unterwerfung der Palästinenser beruhte, und dies ironischerweise von diesen auch akzeptiert worden ist. Es wird zwar

irgendeine Entwicklung weitergehen, die aber mit Frieden wenig zu tun haben wird.

Warum kann man eine Entwicklung, die als «Friedensprozess» bezeichnet wird, so negativ einschätzen? Von einem politischen Analytiker muss man Realismus erwarten. Wer die Dokumente wirklich gelesen hat, kann nur zu dem Schluss kommen, dass sie nicht Ausdruck von politischer Emanzipation der Palästinenser sind, sondern nur eine dauerhafte politische, wirtschaftliche und soziale Unterwerfung symbolisieren; sie sind hochgradig asymmetrisch. Die Dokumente vermitteln den Eindruck, dass es sich bei den besetzten Gebieten um Territorien handelt, auf die beide Parteien den gleichen Anspruch haben. Wer geglaubt hat, dass Israel bei den in den bisher geschlossenen Abkommen umstrittenen und ausgeklammerten Streitfragen wie dem Status von Jerusalem, den Siedlungen, einem Palästinenserstaat oder dem Rückkehrrecht der Palästinenser nachgeben würde, muss nur aufmerksam die Reden von Shimon Peres und Benjamin Netanyahu lesen, um das Gegenteil festzustellen.

*Die von den Palästinensern
erhofften Investitionen
sind weitgehend ausgeblieben.*

Arafat wird von Israel nur noch dann Konzessionen erhalten, wenn er für Sicherheit – im Sinne Israels – sorgt. Dies ist auch die einzige Rolle, die Arafat in den Dokumenten zugewiesen worden ist, d. h. er muss die Opposition gegen den Friedensprozess mit allen Mitteln niederhalten, was er auch mit seinen sechs bis neun Geheimdiensten tut. Unter Arafats Regime herrschen Chaos, Willkür und Rechtsunsicherheit. Folter und die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung gehören zum Alltag der Palästinenser; sieben Palästinenser sind bereits von Arafats Folterknechten (Geheimdiensten) getötet worden. Insbesondere nach den Terroranschlägen der Hamas vom Februar und März liess Arafat Massenverhaftungen vornehmen. Die meisten dieser Verhafteten sitzen noch heute in den Gefängnissen, ohne einen Anwalt gesehen zu haben. Einige wurden durch das ominöse «Staatssicherheitsgericht» abgeurteilt. Dieses Gericht wurde auf Druck der USA und Israels eingerichtet und widerspricht allen Regeln der Rechtsstaatlichkeit.

Die Rolle, die die ehemalige Peres-Regierung den Palästinensern zugedacht hatte, unterscheidet sich in nichts von der, welche die Netanyahu-Regierung ihnen zuweisen will. Deshalb kann *Meron Benvinisti*,

ehemaliger Vize-Bürgermeister von Jerusalem, in Ha'aretz vom 26. Oktober 1995 schreiben, dass der Unterschied zwischen beiden politischen Lagern nur darin bestehe, dass man den Palästinensern entweder eine bedingungslose Kapitulation auferlegt oder ihnen eine etwas grosszügigere Form der Kapitulation zumutet. Die Vereinbarungen von Oslo, Kairo und Taba haben somit das palästinensische Problem nicht gelöst. Der historische Rückschlag für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht ist irreversibel, da er von der eigenen Führung initiiert worden ist. Der Konflikt wurde von der internationalen auf eine bilaterale Ebene herabgestuft; hier können die Palästinenser als die machtpolitisch Schwächeren nur das Nachsehen haben. Ihre vorteilhafte und gerechtfertigte völkerrechtliche Position wurde leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Nach der Unterzeichnung der Verträge ist sie unwiderruflich dahin.

Der Optimismus und die Euphorie kurz nach der Unterzeichnung der «Prinzipienerklärung» vom September 1993 waren durchaus berechtigt, solange man den vollständigen Text der Vereinbarung nicht kannte. Von dieser Aufbruchstimmung ist nichts mehr geblieben. Allseits herrscht Frustration. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet sind nur Negativrekorde zu vermelden. So beträgt die Arbeitslosigkeit zwischen 50 und 60 Prozent. Infolge der permanent möglichen totalen Abriegelung kann kaum ein Palästinenser die autonom-besetzten Gebiete verlassen. Wenn Netanyahu ankündigt, er wolle die Totalabriegelung etwas lockern, so entspricht dies ganz der Likud-Ideologie, die niemals etwas von der Separierung der beiden Völker gehalten hat, weil ja angeblich «religiöse Rechtstitel» auf die Westbank bestünden.

Die von den Palästinensern erhofften Investitionen sind weitgehend ausgeblieben; sie fliessen statt dessen nach Israel und teilweise nach Jordanien. Welcher Unternehmer will schon in ein Gebiet investieren, das ständig willkürlich abgeriegelt werden kann und in das man weder hinein noch hinaus kommt? Wenn Arafat überhaupt Geld erhält, dann für sein inzwischen auf 70 000 Mann (40 000 Polizei und Sicherheitsdienste; 30 000 Bürokratie) angewachsenes militär-politisches Sicherheitsestablishment, aber nicht für Investitionen zum Nutzen seines Volkes. So werden im Augenblick die westlichen Gelder hauptsächlich dafür verwendet, Arafats neuentstehende bürokratisch-militärische Klasse zu unterstützen. Die spärlichen Investitionen sind nicht dazu angeht, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.

In den meisten westlichen Medien werden die Tatsachen vor Ort totgeschwiegen, insbesondere in den USA und Deutschland. Nur wenige Medien berichten unvoreingenommen über die tatsächlichen Vorgänge wie die «*Neue Zürcher Zeitung*» durch ihre

Korrespondenten. So wird der Eindruck vermittelt, als sei das israelische Besatzungsregime beendet; dem ist jedoch nicht so. So wurde zum Beispiel keine Siedlung aufgelöst; sie sind exterritorial. Neben den Palästinensern leben weiter israelische Siedler, für die israelisches Recht gilt, die in ethnisch reinen Siedlungen leben und auf ethnisch reinen Strassen fahren werden. (In den Siedlungen wie auch den Kibbuzim dürfen nur jüdische Israelis leben; auf den neu gebauten Umgehungsstrassen in den autonom-besetzten Gebieten dürfen nur jüdische Israelis fahren. So etwas gab es nicht einmal in Südafrika!) Die palästinensischen Behörden haben über die Siedler keinerlei Jurisdiktion oder polizeiliche Gewalt. So hat die Arafat-Behörde über etwa 40 Prozent des Gaza-Streifens keine Verfügungsgewalt. Etwa 4500 Siedler befinden sich auf etwa dem gleichen Gebiet auf dem über 934 000 Palästinenser existieren bzw. vegetieren müssen. Gleiches gilt für die Westbank.

Die Westbank wurde in drei Zonen eingeteilt. Zone A, sie macht drei Prozent des Gebietes aus, haben die Palästinenser das ausschliessliche Sagen. In der Zone B, in der etwa 430 Dörfer liegen, können die Palästinenser nur über ihre Zivilangelegenheiten bestimmen, die Sicherheit bleibt unter der Kontrolle Israels. In der Zone C, in der alle Siedlungen liegen, haben die Palästinenser keinerlei Mitspracherecht. Insgesamt bestimmen die Palästinenser jetzt über 30 Prozent des Territoriums. Damit dürften sie fast schon das Optimum erreicht haben.

Abschliessend soll noch ein Blick auf die Respektierung der Menschenrechte geworfen werden. Dies sollte bei einem Friedensprozess eigentlich überflüssig sein. Leider ist dies nicht der Fall. Die Menschenrechtsverletzungen seitens der israelischen Besatzungsmacht gegenüber den Palästinensern gehen unvermindert weiter; dies hat der Verfasser in seinem Buch «Frieden ohne Gerechtigkeit? Israel und die Menschenrechte der Palästinenser» (Böhlau, Köln 1994) im Detail dokumentiert. Daran hat sich auch während des Friedensprozesses nichts geändert. Das Neue jedoch ist, dass jetzt die Arafat-Behörde die Menschenrechte ihrer eigenen Landsleute auf das schwerste verletzt. Arafats diverse Geheimdienste sind gelehrige Schüler des israelischen Geheimdienstes geworden, bis ins Detail ahmen sie diesen nach. Es findet eine intensive Zusammenarbeit statt.

Da auch die Menschenrechtspolitik generell in den internationalen Beziehungen weniger geachtet wird, besteht nur geringe Hoffnung, dass sich die europäischen Staaten oder die USA stärker für die Achtung der Menschenrechte in der Region einsetzen. Ohne einen massiven Druck von aussen wird es aber keine Besserung vor Ort geben. Deshalb ist zu befürchten, dass in diesem Friedensprozess die Menschenrechte auf der Strecke bleiben. Zu Optimismus besteht in diesem «Friedensprozess» schon lange kein Grund mehr. ♦

LUDWIG WATZAL, Dr. phil., ist Redaktor und freier Journalist in Bonn.

Wer übernimmt Patenschaftsabonnemente?

Immer wieder erreichen uns Anfragen von Lesern oder Einrichtungen (zum Beispiel Bibliotheken), welche die Schweizer Monatshefte aus finanziellen Gründen nicht regelmässig beziehen können. Es ist uns nicht möglich, alle Wünsche zu erfüllen. Deshalb sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unser Vorschlag: Übernehmen Sie ein Patenschaftsabonnement der Schweizer Monatshefte für Fr. 89.– (Ausland Fr. 110.–). Rufen Sie uns bitte an. Wir nennen Ihnen gerne Interessenten. Sie können uns auch einfach die diesem Heft beigefügte Geschenk-Abo-Karte mit oder ohne Nennung eines Begünstigten zusenden. Vielen Dank!

*Unsere Adresse: Schweizer Monatshefte, Administration, Vogelsangstrasse 52, 8006 Zürich
Telefon 01/361 26 06, Telefax 01/363 70 05*